



Schum

REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlamentsdirektion

Wien, 2009 06 09
Zl. 2356/J-NR/2009

An das

Präsidium des **Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft**

Im Auftrage der Frau Präsidentin des Nationalrates beehrt sich die Parlamentsdirektion, die am 9. Juni 2009 gemäß § 91 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 eingebrachte Anfrage (**2356/J**) der Abgeordneten **Mag. Johann Maier**, Kolleginnen und Kollegen in Abschrift zu übermitteln.

Auf die im § 91 Abs. 4 leg.cit. enthaltene Bestimmung, derzufolge schriftliche Anfragen innerhalb von zwei Monaten nach deren Übergabe an die Präsidentin des Nationalrates schriftlich oder mündlich zu beantworten sind, darf hingewiesen werden.

Für die Parlamentsdirektion

Mag. Gottfried Michalitsch e.h.

Anlage

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Ulrich

09. Juni 2009

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Johann Maier

und GenossInnen

**an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
betreffend „Umweltinformationsgesetz: Abfrage von Umweltinformationen 2007 und
2008“**

Mit der AB 408/XXIII.GP vom 25.04.2007 wurden die Fragen des Fragestellers betreffen
„Umweltinformationsgesetz“ durch den damaligen Umweltminister beantwortet.

Aus systematischen Gründen werden ähnliche Fragen wieder gestellt, um die aktuellen
Zahlen und Informationen für die Jahre 2007 und 2008 zu erhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele Begehren auf Mitteilung von Umweltinformationen wurden in den Jahren 2007
und 2008 an informationspflichtige Stellen gestellt?
Wie viele davon an das Umweltbundesamt (Aufschlüsselung auf Jahre und
informationspflichtige Stellen)?
2. Welche Umweltinformationen im Sinn von § 2 des Umweltinformationsgesetzes wurden
dabei abgefragt (Aufschlüsselung auf Jahre)?
3. In wie vielen Fällen wurde dem Begehren von den informationspflichtigen Stellen nicht
entsprochen (Aufschlüsselung auf informationspflichtige Stellen und Bundesländer)?
Was waren dafür die Gründe (Mitteilungsschranken und Ablehnungsgründe)?
4. Wie viele Personen sind in der Koordinierungsstelle für Umweltinformationen tätig?

5. Welche Tätigkeiten hat diese Koordinierungsstelle in den letzten beiden Jahren konkret vorgenommen (Ersuche um Auflistung)?
6. Welche Probleme sehen Sie in der Vollziehung dieses Gesetzes?
7. Sind die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen zur Umsetzung der aktiven Informationspflicht des UIG 2004 gestellt (Bund, Länder, Gemeinden)?
8. Werden Sie dafür eintreten, dass eine Berichtspflicht der Länder hinsichtlich Umweltinformationen gegenüber dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft normiert wird?